Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 4. Juni 2012
Ausgabe 104
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Studierende der Sing- und Musikschule ausgezeichnet bei „Jugend musiziert“ 3
› „Das Kino träumt“: Neue Kinoklassiker in 2D und 3D im Filmmuseum 4
Antworten auf Stadtratsanfragen **6**
› Sachstand Hanns-Seidel-Platz 6
› HKW Drygalski-Allee
Den Fehlplanungen endlich gegensteuern! 10

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **13**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Dienstag, 5. Juni, 18 Uhr, Odeonsplatz
Stadträtin Verena Dietl (SPD) begrüßt in Vertretung des Oberbürgermeisters die Besucherinnen und Besucher des Stabhoch- und Weitsprungwettbewerbs „Jump & Fly“ und ehrt die Siegerinnen und Sieger aus dem am Nachmittag stattfindenden Nachwuchswettbewerb. Ab zirka 21.30 Uhr übernimmt Dietl die Siegerehrungen für die Profisportlerinnen und -sportler.

Wiederholung
Dienstag, 5. Juni, 18 Uhr,
Münchner Stadtmuseum, Sammlung Fotografie, St.-Jakobs-Platz 1
Eröffnung der Ausstellung „FORUM 027: Malte Wandel – Official“. Anlässlich des 40. Jahrestages der „Spiele der XX. Olympiade“ in München sowie der Geiselnahme und Ermordung israelischer Sportler zeigt die Sammlung Fotografie des Münchner Stadtmuseums im Rahmen einer Kabinett-Ausstellung die Fotoinstallation „Official“ (2010) des Münchner Künstlers Malte Wandel. Die Ausstellung ist Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr zu besichtigen. Am Mittwoch, 6. Juni, findet um 15 Uhr ein Künstlergespräch statt.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am 5. Juni um 11 Uhr.

Dienstag, 5. Juni, 18.30 Uhr, Altes Rathaus
Die Deutsche UNESCO-Kommission zeichnet die bayerische Landeshauptstadt München zur Stadt der UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aus und würdigt damit Münchens engagierten Einsatz für die Nachhaltigkeitsbildungsarbeit. Der Vorsitzende des Nationalkomitees der UN-Dekade, Professor Gerhard de Haan, wird die Auszeichnung im Rahmen der Vorlesungsreihe „Leitbild Nachhaltigkeit“ an Bürgermeister Hep Monatzeder überreichen.

Donnerstag, 7. Juni, 8 Uhr, Marienplatz
Bürgermeister Hep Monatzeder nimmt an der Fronleichnamsprozession teil, die vom Marienplatz über die Residenzstraße zur Ludwigskirche (Segensaltar) und über die Ludwigstraße, Theatinerstraße zurück zum Marienplatz führt. Ein festlicher Ausklang mit Musik und Darbietungen der fremdsprachigen katholischen Missionen beschließt das Fronleichnamsfest.

Bürgerangelegenheiten

**Montag, 11. Juni, 19 Uhr, Sitzungsraum der
BA-Geschäftsstelle Süd, 4. Stock, Implerstraße 9 (nicht barrierefrei)**
Sitzung des Bezirksausschusses 6 (Sendling).

**Montag, 11. Juni, 19.30 Uhr,
Gaststätte „Mehlfeld's", Guardinistraße 98 a (barrierefrei)**
Sitzung des Bezirksausschusses 20 (Hadern). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Johann Stadler statt.

Meldungen

Studierende der Sing- und Musikschule ausgezeichnet bei „Jugend musiziert"
(4.6.2012) Zwei erste, ein zweiter und drei dritte Preise – das ist die stolze Bilanz der jungen Musikerinnen und Musiker der Städtischen Sing- und Musikschule beim 49. Bundeswettbewerb „Jugend musiziert", der dieses Jahr vom 22. Mai bis 1. Juni in Stuttgart stattgefunden hat.
Alle Schülerinnen und Schüler der Städtischen Sing- und Musikschule München haben beim diesjährigen Wettbewerb hervorragende Ergebnisse erzielt. Sechs Duos, fünf in der Kategorie „Klavier und ein Streichinstrument" und eines in der Kategorie „Klavier vierhändig" sowie ein Schlagzeug-Ensemble hatten sich über den Regional- und Landeswettbewerb „Jugend musiziert" für den Bundeswettbewerb qualifiziert.
In der Kategorie „Klavier vierhändig" der Altersgruppe III erhielten Viviana-Zarah Baudis und Sonja Freisler einen ersten Bundespreis. Für die beiden 13-jährigen Münchner Pianistinnen war das ein doppelter Grund zur Freude. Wenige Wochen zuvor waren sie in der Kategorie „Klavierduo" ebenfalls mit einem ersten Preis beim 7° Concorso Pianistico Internazionale „Mozart" in Vincenza (Italien) ausgezeichnet worden.
In der Duo-Kategorie „Klavier und ein Streichinstrument" belohnte die Jury das Wertungsspiel von Natalie Hahn (Violoncello) und Daniel Hahn in der Altersgruppe V der 17- bis 18-Jährigen ebenfalls mit einem ersten Preis. Mit einem zweiten Preis derselben Altersgruppe und Kategorie wurden Carolin Schweighofer (Violine) und Diana Goldberg ausgezeichnet, und gleich drei Duo-Ensembles freuten sich über einen dritten Preis. Pascal Menke und Alban Beaujean (Violine) der Altersgruppe III der 13- bis 14-

Jährigen, Sabina Huang und Thuy Tien Hoang (Violine), Altersgruppe IV der 15- bis 16-Jährigen sowie Sophie Klaus (Violoncello) und Félix Ruile aus der Altersgruppe V.
Jedes Jahr nehmen tausende Kinder und Jugendliche beim bundesweit größten Musikwettbewerb „Jugend musiziert" teil und stellen ihr musikalisches Können unter Beweis. In den letzten acht Tagen spielten mehr als 2.300 hochbegabte Teilnehmer in 1.500 Wertungsspielen um die begehrten Preise, nachdem sie sich erfolgreich als 1. Preisträger in 160 Regional- und anschließenden 16 Landeswettbewerben für Stuttgart qualifiziert hatten. Der diesjährige Bundesentscheid endete am Freitag, 1. Juni, mit einem musikalischen Festakt in der Stuttgarter Musikschule, bei dem herausragende Musikerinnen und Musiker zusätzlich zu ihren Urkunden Geldpreise und Stipendien aus den Händen von Stiftungen und fördernden Institutionen erhielten.

„Das Kino träumt": Neue Kinoklassiker in 2D und 3D im Filmmuseum
(4.6.2012) Drei Spielfilme neueren Datums, die sich mit Kinogeschichte beschäftigen, zeigt das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, vom 8. bis 12. Juni in der Reihe „Das Kino träumt". Am Donnerstag, 7. Juni, um 19 Uhr hält Stefan Drößler einen Vortrag zur Geschichte des 3D-Films mit vielen Filmbeispielen.
Martin Scorseses „Hugo" setzt dem Filmpionier Georges Méliès ein Denkmal (Freitag, 8. Juni, um 21 Uhr), Michel Hazanavicius' „The Artist" widmet sich dem Übergang vom Stumm- zum Tonfilm (Samstag, 9. Juni, um 21 Uhr und Dienstag, 12. Juni, um 18.30 Uhr), Simon Curtis' „My Week with Marilyn" zeigt die Ereignisse während der Dreharbeiten zu „The Prince and the Showgirl" von Laurence Olivier (Sonntag, 10. Juni, um 21 Uhr). Das Original wird im Filmmuseum am 26. Juli um 20 Uhr im Rahmen der Marilyn Monroe-Retrospektive zu sehen sein. In Zeiten der Digitalisierung des Filmmaterials und der vermehrten Schließung vieler Einzelkinos ist auffällig, dass sich alle drei Filme in Nostalgie üben und die große Kinozeit in aufwändigen Filmproduktionen beschwören, bei „Hugo" sogar in 3D.
Dass der Traum des Kinos, die dritte Dimension erfahrbar zu machen, nicht neu ist und seit Beginn der Filmgeschichte immer präsent war, zeigt der Vortrag „Geschichte des 3D-Films" von Stefan Drößler. Er präsentiert 3D-Filmbeispiele von 1900 bis heute, darunter Filme von Georges Méliès, die dieser mit einer synchronisierten Doppelkamera gedreht hat. Mit seltenem historischem Bildmaterial, zahlreichen 3D-Filmausschnitten und der Erläuterung der verschiedensten technischen Systeme bietet der Vortrag

einen informativen und unterhaltsamen Streifzug durch eine parallele Filmgeschichte (Donnerstag, 7. Juni, um 19 Uhr, zirka 120 Minuten).
Karten für die Filmreihe können wie immer vorbestellt werden unter Telefon 2 33-9 64 50. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro (2 Euro Aufschlag bei 3D). Pressefotos werden auf Anfrage unter Telefon 2 33-2 05 38 gerne zugeschickt.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 4. Juni 2012

Sachstand Hanns-Seidel-Platz
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Hans Podiuk (CSU) vom 10.2.2012

Antwort Kommunalreferat:

Aufgrund des umfangreichen Abstimmungsbedarfs mit den anderen städtischen Dienststellen konnte Ihre Anfrage leider nicht innerhalb der nach § 68 GeschO vorgesehenen Frist durchgeführt werden. Für die gewährte Fristverlängerung möchten wir uns bedanken.

Für das Bauquartier am Hanns-Seidel-Platz in Neuperlach soll der Bebauungsplan Nr. 1609 aufgestellt werden. Das Architekturbüro Spacial Solutions (SpS) hat zusammen mit Brandhoff & Voss Landschaftsarchitekten den städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb zum Hanns-Seidel-Platz gewonnen. Im nordwestlichen Teil des Planungsumgriffs ist gemäß Wettbewerbsergebnis ein Baukörper für ein kulturelles Bürgerzentrum sowie ein Sozialbürgerhaus vorgesehen. Die planerischen Anforderungen hierzu wurden im Wettbewerb bereits weitgehend erfüllt.

Ihre Fragen kann ich wie folgt beantworten:

Frage 1:
Wie ist der Stand des Verfahrens?

Antwort:
Derzeit wird vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung die vorgezogene Bürgerbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB durchgeführt (Zeitraum der Auslegung: 24.04.2012 bis 24.05.2012, Erörterungstermin vor Ort am 02.05.2012).

Obwohl im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB die Durchführung eines formalen Verfahrens nach § 3 Absatz 1 BauGB nicht zwingend vorgesehen ist, wird im vorliegenden Fall aufgrund der besonderen Bedeutung des Vorhabens die frühzeitige Bürgerbeteiligung mit einem einmonatigen Aushang der Planunterlagen und Durchführung einer öffentlichen Er-

örterungsveranstaltung für sinnvoll erachtet und von der Möglichkeit des verkürzten Verfahrens gemäß § 13a Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB abgesehen.

Frage 2:
Für wann ist eine Befassung des Stadtrates vorgesehen?

Antwort:
Erst nach Durchführung der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und einer öffentlichen Erörterungsveranstaltung ist erkennbar, wie und in welchem Ausmaß die Öffentlichkeit auf die vorgestellte Planung reagiert. Die vorgetragenen Bürgeranregungen müssen im weiteren Verfahren gebündelt, bewertet und abgewogen werden.

Nach Durchführung der vorgezogenen Bürgerbeteiligung wird mit der Vorbereitung für das Verfahren nach § 4 Absatz 2 BauGB (Beteiligung der Behörden) begonnen. Außerdem soll im Herbst diesen Jahres der Stadtrat in einem Grundsatzbeschluss über das weitere Vorgehen entscheiden.

Eine konkrete Zeitbestimmung für den Billigungsbeschluss ist deshalb derzeit nicht möglich, als Ziel wird aber das Frühjahr 2013 anvisiert.

Frage 3:
Wann kann nach derzeitigem Stand mit der Realisierung des geplanten Kulturzentrums gerechnet werden?

Antwort:
Das Sozialreferat hat entschieden, dass das Sozialbürgerhaus am Hanns-Seidel-Platz Priorität erhält vor den Standorten Ratzingerplatz und Bahnhof Trudering. Damit können das kulturelle Bürgerzentrum und das Sozialbürgerhaus nun zeitgleich im nordwestlichen Bereich des Planungsumgriffs (Nordparzelle) komplett untergebracht werden. Eine Planung für das Sozialbürgerhaus an diesem Standort wäre grundsätzlich ab sofort möglich und die Finanzierung dieses Neubaus über das MIP ab 2015 gesichert.

Hierdurch ergibt sich ein erweiterter Überarbeitungsbedarf im Bereich der Nordparzelle. Das Architekturbüro Spacial Solutions (SpS), dessen Entwurf im städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb mit dem ersten Preis prämiert wurde, wird nun ein Angebot für die erweiterte Überarbeitung der Nordparzelle (Machbarkeitsstudie) unterbreiten.

Die Realisierung des kulturellen Bürgerzentrums ist abhängig von dessen Finanzierbarkeit. Diese soll zum Teil aus den Wertzuwächsen der städtischen Grundstücke, die sich aus der Überplanung des Bereichs Hanns-Seidel-Platz ergeben, gesichert werden. Erst nach Abschluss des Bebauungsplanverfahrens mit Ermittlung der Planungsgewinne auf den städtischen Grundstücken (frühestens nach Billigungsbeschluss zum Bebauungsplan) kann der Anteil der notwendigen Komplementärfinanzierung des Bürgerhauses genauer definiert und dem Stadtrat ein Vorschlag zur Finanzierung unterbreitet werden.

Um den bestehenden Zeitplan, der von einer Realisierung des kulturellen Bürgerzentrums und Sozialbürgerhauses im Zeitraum von 2018 bis 2020 ausgeht, weiter zu straffen, prüft das Kommunalreferat derzeit, welche grundsätzlich von der Schaffung des Baurechts abhängigen Schritte teilweise vorgezogen werden können.

Dem Stadtrat soll im September 2012 vom Kommunalreferat ein Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen vorgelegt werden. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat angeregt, bereits parallel zum Billigungsbeschluss einen Investoren-Architekten-Wettbewerb durchzuführen. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird in diesem Grundsatzbeschluss bereits die Inhalte und Festsetzungen des späteren Billigungsbeschlusses abschließend soweit benennen, wie sie zum Wettbewerbsinhalt gemacht werden müssen. Sinnvoll erscheint bereits heute auf jeden Fall, den Realisierungswettbewerb für das kulturelle Bürgerzentrum vorzuziehen. Ziel ist es, eine Beschleunigung um 1 Jahr zu erreichen, um bis zum Herbst/Winter 2013 zu einem Wettbewerbsergebnis zu gelangen. Zu prüfen ist bis zur Vorlage des Grundsatzbeschlusses noch, ob mit diesem Realisierungswettbewerb zeitgleich bereits ein Investor gesucht werden soll. Dies ist zu befürworten, soweit hierdurch eine weitere Beschleunigung zu erreichen ist. Hiervon sollte jedoch abgesehen werden, falls durch die notwendige Detailschärfe der Wettbewerbsauslobungskriterien und die eingeschränkte Marktgängigkeit einer solchen Spezialimmobilie eher eine Verzögerung des Verfahrens zu erwarten ist.

Frage 4:
Haben die Verzögerungen finanzielle Auswirkungen?

Antwort:
Hier darf ich auf die vorstehenden Ausführungen verweisen. Da sich im Verfahren aus heutiger Sicht bei gesicherter Finanzierung keine Verzöge-

rung ergibt, stellt sich die Frage nach daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen nicht.

Für eventuelle Rückfragen stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.

HKW Drygalski-Allee
Den Fehlplanungen endlich gegensteuern!
Anfrage Stadtrat Michael Kuffer (CSU) vom 5.3.2012

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 05.03.2012 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Benehmen mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft wie folgt beantwortet wird. Für die gewährte Fristverlängerung bedanken wir uns.

In Ihrer Anfrage führen Sie aus, dass anstatt das ehemalige Heizkraftwerk (HKW) an der Drygalski-Allee abzureißen und das Grundstück in einer für das Quartier verträglichen Art sinnvoll zu nutzen, vom Käufer monatlich neue Ideen einer Nachnutzung präsentiert werden. Anfangs war von einer „kulturellen" Nachnutzung im Sinne einer Partyarena zu hören, später von einem Umbau in moderne Büroräume, nun ist angeblich die Ansiedlung eines Möbelhauses die neueste Idee.

Frage 1:
Welche aktuellen Planungen seitens des Eigentümers sind der Stadt für die Nachnutzung des HKW-Geländes bekannt?

Antwort:
Aus Beratungsgesprächen ist uns bekannt, dass das ehemalige HKW-Gebäude im Wesentlichen zu einem Möbelhaus umgenutzt werden soll. Der Untergeschossbereich des Gebäudes soll der Unterbringung von Stellplätzen dienen. Diese Gespräche konkretisieren nun die Überlegungen des Eigentümers, die dieser in einer Bauvoranfrage (Vorbescheid erteilt am 29.11.2011) abgefragt hatte. Der Vorbescheid ist hinsichtlich verschiedener abgefragter gewerblicher Nutzungen (Pkw-Verkaufshaus, Logistik-Flächen, Galerie, Zeitlager, Musikübungsräume, Fitness) grundsätzlich positiv beantwortet worden.

Frage 2:
Ist bereits ein Bauantrag für eine Nutzungsänderung oder einen Umbau eingereicht worden? Wenn ja, was wird darin beantragt?

Antwort:
Dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung wurde ein Bauantrag für den Teilabbruch und bauliche Änderungen in den Sockelgeschossen EG bis einschl. 3. OG, sog. „Warte“ und sog. „Halle“ vorgelegt – jedoch ohne konkrete Art der Nutzung – sowie für vorbereitende Maßnahmen für die Unterbringung von Stellplätzen im Keller (UG1 und UG2). Der Bauantrag wurde mit Bescheid vom 05.04.2012 genehmigt.

Frage 3:
Gibt es sonst irgendwelche Vorgespräche oder Absprachen des Käufers mit der LBK oder anderen Stellen der Stadtverwaltung?

Antwort:
Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens fanden Gespräche zur Zulässigkeit der beabsichtigten Nutzung statt. Im Übrigen sind jedoch keine Vorgespräche oder Absprachen bekannt.

Frage 4:
Was unternimmt die Stadt, um trotz der gegebenen Umstände eine städtebaulich möglichst sinnvolle Nachnutzung sowie stadtbildverträgliche Gestaltung (Rückbau des Schornsteins, Renovierung und Umgestaltung der Fassade u. ä.) erwirken zu können?

Antwort:
Mit der Zukunft des HKW und seine Nachnutzungsmöglichkeiten hat sich im Zusammenhang mit dem unter Frage 1 genannten Vorbescheid die Kommission für Stadtgestaltung befasst und sich in der Sitzung vom 17.05.2011 einstimmig positiv zu dem Umbauvorhaben und damit zu dem Erhalt des Gebäudes geäußert. Der Erhalt des Gebäudes kann bei einer attraktiven Neugestaltung und Umnutzung identitätsstiftend sowohl im Hinblick auf die ehemalige industriellen als auch auf die künftige Neuorientierung wirken. Sofern eine geänderte Höhenentwicklung für das Baugrundstück angestrebt werden würde, hätte dies in einem Bebauungsplanverfahren zu erfolgen. Dabei wären die bestehenden Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 918 b zu prüfen und gegebenenfalls abzuändern. Hierfür wäre ein entsprechender Aufstellungsbeschluss des Stadtrats erforderlich.

Frage 5:
Hat die Stadt bisher wirksame Maßnahmen ergriffen, um dieses Grundstück dem Wohnungsbau zuzuführen? Wenn ja, welche?

Antwort:
Nein. Zwar prüft das Referat für Stadtplanung und Bauordnung ganz allgemein im Projekt „Langfristige Siedlungsentwicklung“ anhand des Gewerbebandes Obersendling das Miteinander von Wohnen und Gewerbe. Allerdings ist aus Sicht des Referats für Stadtplanung und Bauordnung und des Referats für Arbeit und Wirtschaft das Heizkraftwerk-Grundstück kein geeignetes Wohnbaugrundstück. Zum einen steht eine Wohnnutzung im Widerspruch zu den bisherigen städtebaulichen Zielen. Das HKW liegt im Umgriff der Bebauungspläne Nr. 918 a und b, die für die östlich und nördlich angrenzenden Flächen Gewerbegebiet festsetzen; südlich der Kistlerhofstraße gilt der Bebauungsplan Nr. 71 o mit festgesetzter Gewerbenutzung und dem Aufstellungsbeschluss Nr. 1985, u. a. mit dem Ziel der Sicherung der gewerblichen Nutzung. Zudem befindet sich nördlich angrenzend an das HKW ein Baustoffhandel und entlang der Perchtinger Straße höherwertiges Gewerbe.
Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass eine Überplanung derzeit auch deshalb nicht möglich ist, weil Teile der Fläche noch für Zwecke der Stadtwerke München benötigt werden (nicht das gesamte Areal wurde verkauft, weiter im Besitz der Stadtwerke verbleibt das
Grundstück FlNr. 365/9 mit 6.722 m² Fläche, welches auch weiterhin als Ver- und Entsorgungsfläche benötigt wird).

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 4. Juni 2012

Nachfrage – Zweckentfremdung in München
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU)

„Linke Chaoten verwüsten die Stadt“ – die LHM zieht Konsequenzen
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Richard Quaas

ANFRAGE
04.06.2012

Nachfrage – Zweckentfremdung in München

In der Antwort auf meine Stadtratsanfrage vom 9.3.2012 bezüglich des Wohnungsmarktes in München und der Handhabung der Zweckentfremdung wurde nach meinen Informationen der städtische Aspekt nicht gänzlich abgearbeitet, bzw. es wurden städt. Objekte evtl. nicht aufgeführt, weil sie zwischenzeitlich an eine andere Verwaltung übergeben wurden.
Im Innenstadtbereich gibt es, zentral gelegen, an der Müllerstraße drei Anwesen, die dem Vernehmen nach zumindest bis vor kurzem noch im Eigentum der Stadt waren und in den seit Jahren Wohnungen leer stehen. Nach Informationen aus der Nachbarschaft soll es sich dabei um bis zu 15 Wohneinheiten handeln.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Gehören die Häuser Müllerstraße 2, 4 und 6 noch der Stadt, bzw. wann wurden diese an ein städtisches Wohnungsunternehmen übertragen?
2. Sollten diese Häuser an ein städt. Wohnungsunternehmen übertragen worden sein, welches ist das?
3. Ist es richtig, dass in einem, bzw. mehreren dieser Häuser eine Reihe von Wohnungen seit Jahren leer stehen und seit wann?
4. Wenn ja, um wie viele Wohnungen handelt es sich dabei?
5. Wenn ja, warum wurden diese Wohnungen in all den Jahren nicht wieder Wohnzwecken zugeführt?
6. Gibt es noch andere ehem. städtische Gebäude, die an eine der städtischen Wohnbaugesellschaften übertragen wurden, wo es solche Leerstände in den letzten 10 Jahren gegeben hat und wie verfahren die neuen Eigentümer, bzw. Verwalter damit?
7. Wie viele Anträge auf Zweckentfremdung haben in den letzten 5 Jahren städtische Beteiligungsgesellschaften, bzw. Wohnungsgesellschaften gestellt?
8. Wie hoch ist der Leerstand bei diesen Gesellschaften derzeit?

gez.
Richard Quaas
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, www.csu-rathaus-muenchen.de
email: kontakt@richardquaas.de, Tel.: dienstlich 210 140-53

BIA inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
04.06.2012

„Linke Chaoten verwüsten die Stadt“ – die LHM zieht Konsequenzen

Ich beantrage:

Die beim Büro des Oberbürgermeisters angesiedelte städtische „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ wird mit sofortiger Wirkung in eine „Fachstelle gegen Linksextremismus“ umgewidmet.

Weitere der Bekämpfung des „Rechtsextremismus“ gewidmete Stellen, die in städtischer Regie betrieben werden, werden ebenfalls mit sofortiger Wirkung der Aufklärung über linksextremistische Bestrebungen gewidmet.

Begründung:

Während die Stadt München mit immer neuen Projekten, Initiativen, Stellen und Steuermitteln den „Kampf gegen Rechts“ propagiert, geht die viel augenfälligere Gefahr von einem zunehmend aggressiver auftretenden Linksextremismus aus. Nachdem sich linksextreme Kreise auf einschlägigen Internetseiten allein in den letzten knapp zwei Wochen mindestens vierer angeblich verübter Anschläge auf verschiedene Einrichtungen im Stadtgebiet bezichtigten (vgl. dazu die Anfragen des Fragestellers vom 25. und 30.05.), resümierte die Lokalpresse: „Die Polizei ermittelt gegen Chaoten. Die haben Banken und die Telekom im Visier“ (AZ, 01.06.2012). Die „tz“ titelte gar: „Chaoten verwüsten die Stadt / Linksradikale legen Brände und werfen Steine – Schaden: Zehntausende Euro“ (tz, 01.06.2012).

Die in München von Chaoten angerichteten Schäden fügen sich auch überregional lückenlos in ein Bild ausufernder linker Gewalt ein. Über linksextremistische Ausschreitungen in Hamburg berichteten am zurückliegenden Wochenende bundesweit die Medien. Dabei wurden 38 Polizisten verletzt. Hunderte (!) linksextremer Randalierer mußten in Gewahrsam genommen werden.

Auch der aktuelle „Sicherheitsreport“ der Münchner Polizei weist ein erhebliches Überwiegen von Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund (413 Delikte) *b.w.*

gegenüber solchen mit „rechtem“ Hintergrund (240 Delikte, davon allein 154 sogenannte „Propagandadelikte“) aus.

Völlig unbeeindruckt von dieser Entwicklung hält die Stadt daran fest, das linksextreme Spektrum im Bereich der LHM weiterhin mit erheblichen Geldsummen zu fördern – eine Praxis, die der bayerische Innenminister zuletzt am 31.10.2011 mit Schreiben an den Münchner Oberbürgermeister in aller Deutlichkeit kritisierte. In dem Schreiben heißt es mit Blick auf die städtische Förderung des einschlägigen linksextremen Szenetreffs „Kafe Marat“ u.a.: „**Die Einrichtung des Kafe Marat existiert nur aufgrund der Förderung und Überlassung von Räumen durch die Stadt.** Diese trägt damit auch die Verantwortung für extremistische Aktivitäten, die dort stattfinden.“ (Hervorhebung: KR).

Ersichtlich ist: die Stadt ist auf dem linken Auge blind und hält unverdrossen an ihrer Fiktion einer „rechten“ Gefahr fest, die es realiter nicht gibt. Auch in München gehen weder gewalttätige Übergriffe auf Polizisten noch Brandanschläge oder Schmieraktionen an Schulen und öffentlichen Gebäuden von „rechten“, sondern ausschließlich von linksextremen Tätern aus.

Vor diesem Hintergrund ist es hoch an der Zeit, daß sich die LHM von einigen ihrer Lieblingsinstrumente im „K(r)ampf gegen Rechts“ verabschiedet, etwa von der sogenannten „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“, die zwar mit Verbissenheit über einen imaginären „Rechtsextremismus“ informiert, vor dem real existierenden Linksextremismus allerdings die Augen verschließt. Diese Institution, die zur Lösung tatsächlicher Probleme in der bayerischen Landeshauptstadt nichts, zur Stimmungsmache gegen unbequeme politische Konkurrenz dagegen sehr viel beiträgt, sollte zweckmäßigerweise stillgelegt oder in eine „Fachstelle gegen Linksextremismus“ umgewidmet werden.

Für vergleichbare weitere Stellen – etwa im Bereich des Stadtjugendamtes – gilt Entsprechendes.

Karl Richter
Stadtrat